

Die soziale Reform und die Gemeinde.

Vortrag von Herrn Stadtbaurath Lothausen.
Als die Prämisse seines Vortrages bezeichnete der Herr Redner die soziale Frage, die Lösung derselben sei das Problem unserer Zeit.

Die politischen Parteien wurden in ihrer Stellung zur sozialen Frage beleuchtet, die Mandatsbewerber mit ihrer Parole: Laissez faire, die Genossenschaften von Schulgehilfen, die viel Seiner gestiftet haben.

Als bereits gezeigte Früchte der modernen gesellschaftlichen Bewegung bezeichnete Redner Schulwesen und freie Volksschule.
Allgem. Wehrpflicht (vgl. Frankreich). Sog. Dienstleistungen des Staats: Post, Telegraphie und Telephon.

Der Kernpunkt aller dieser Ertragseinheiten ist eine beschränkte Gütergemeinschaft und es beruht darin gerade die Stärke der Nationen.
Deutschland hat am ersten den Versuch, zur Lösung der so. Frage auf friedlichem Wege beizutragen, und wird dieses Ziel am schnellsten erreichen.

Aus der Geschichte werden Beispiele von Sozialismus und Kommunismus angeführt.
Nach Plato taugt der Kommunismus nur für Weiber und Güterhühner. Der volle Kommunismus findet sich nur bei Völkern auf der tiefsten Kulturstufe und wäre wieder denkbar bei Erreichung der höchsten ideellen Stufe.

Wie weit kann die Gütergemeinschaft gehen?
Der berühmte Volkswirt Rocher giebt folgende Definition: Gemeinhaben und Gemeinsein ist so lange wünschbar, als es den Fortschritten des Gemeinwunsches entspricht.
Damit kommen wir aber nicht weiter. Redner versucht eine speziellere Bestimmung der Grenzen dahin: Die Gütergemeinschaft soll soweit geführt werden, a. daß für jeden Menschen, der von mittellosen Eltern geboren wird, öffentliche Mittel zu seiner körperlichen und seinen Anlagen entsprechenden geistigen Ausbildung zur Verfügung stehen; b. sie darf nicht so weit gehen, daß das freie Streben des reifen und gesunden Menschen dadurch beeinträchtigt wird; c. sie muß in der Lage sein, jeden Kranken oder gealterten, überhaupt jeden arbeitsunfähig gewordenen Menschen vor Noth zu schützen.

Wie sollen die Mittel zu diesen sozialen Reformen geschaff werden?
Eine Socialreform ohne Steuerreform ist unmöglich. Steuern sind bisher nur für fiskalische Zwecke verwendet worden, müssen aber auch für social dienen.
Die ergeblichere direkte Steuer ist die Einkommensteuer. Die jetzige Form derselben ist:
Klassensteuer bis 1000 Thlr.
140 bis 220 Thlr. zahlen 1 Thlr. = 1/2 pCt.,
220 " 300 " " 2 " " = 1/3 "
300 " 350 " " 4 " " = 1 1/4 "
900 " 1000 " " 24 " " = 2 1/2 "

Einkommensteuer:

Table with 2 columns: Income range (e.g., 1000 bis 1200 Thlr.) and tax rate (e.g., 30 Thlr. = 2 1/2 pCt.).

Die Leistungsfähigkeit muß das Grundprinzip der Besteuerung sein und die Gerechtigkeit verlangt demnach, daß die Einkommensteuer ebenfalls in eine progressive verwandelt werde.

Die indirekte oder Konsumsteuer trifft am meisten den Unbemittelten. Es liegt aber nichts Ungerechtes darin, wenn dem Mittellosen dafür die als anzustreben bezeichneten Sicherheiten und Vortheile gewährt werden.

Bei der Bildung jedes Einkommens wirkt die Gesellschaft mit, deshalb ist es gerecht, daß ihr in Form von Steuern ein Theil des Einkommens wieder zuflicke.

Vermögen ist überschüssiges Einkommen. Da auch zur Bildung der Ueberflüsse die Gesellschaft mitwirkt, gebührt ihr ebensoviele hieran eine weitere Beteiligung, wenn auch erst nach dem Tode des Besitzers.

Die Erbschaftsteuer in England, Frankreich und Belgien ist höher, in Preußen viel zu gering. Diese Einkommenquelle ist vernachlässigt aus übertriebenem Respekt vor dem Recht der Familie und aus übertriebener Rücksichtnahme auf die Privatinteressen der bestehenden Klassen.

Wenn freilich ein Theil des angefallenen Kapitals fortlaufend zu fiskalischen Zwecken Verwendung fände, wäre der wirtschaftliche Ruin unausbleiblich, vielmehr muß diese Steuer in öffentliches Kapital zu sozialen Zwecken verwandelt werden. Auch die Erbschaftsteuer muß eine progressive sein. Der Vorschlag ginge dahin:

- Abgabe bei Vererb. an Verwandte
1. Grades 5 Prozent,
2. " 10 "
3. " 20 "
4. " 50 "

Bei weiteren Verwandtschaftsgraden hört das Erbrecht zu Gunsten der Allgemeinheit auf. Die Behandlung dieser Steuer müßte mit Rücksicht auf die Anzahl der Erben und auf die Form der Kapitalanlage eine differentiale sein. Auch das Schenkungsrecht darf nicht geschmälert werden.

Gingreifen der Gemeinde in die soziale Reform.

Die ganze oder doch der größte Theil der Erbschaftsteuer solle nutzgemäß nicht an den Staat, sondern an die Gemeinde, in deren Verband und unter Mitwirkung deren Bürgern das Vermögen erworben wurde. Die Gemeinde ist auch geeigneter als der Staat, damit dauernde Anlagen zum Nutzen ihrer besitzlosen Klassen zu machen. Die Einwohnerzahl großer Städte wächst jetzt in hohem Maße und das meist keine Kommunalvermögen wird immer unzulänglicher. Von Jahre 1865 bis 1881 wuchs die Bevölkerung von Berlin auf Doppelte, das Armenbudget hingegen von 1 1/2 Mill. M. auf 7,200,000 M.

Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, alle jene Institutionen zu schaffen (so weit solche nicht schon vorhanden) und zu verwalten, die so notwendig für die Durchführung der sozialen Reform bezeichnet wurden. Sowie die Armenpflege und das Volksschulwesen bisher Sache der Gemeinde waren, müssen sie es bleiben, auch in ihrer weiteren Ausbildung. Dem Staat steht nur das Recht der Kontrolle im Interesse der Allgemeinheit zu.

In Folge der Erbschaftsteuer (deren Progression namentlich in Bezug auf die entfernteren Verwandtschaftsgrade verschärft werden könnte) würde sich das Vermögen der Gemeinden stetig vermehren und allmählich berartig anwachsen, daß allen sozialen Uebeln in der vorher bezeichneten Weise über kurz oder lang begegnet werden könnte. Die Reform des Erbrechtes, die anfänglich Vielen als Zwang und Druck erscheinen würde, wird in dem Maße als notwendig und segensreich immer mehr und mehr erkannt werden, als der Gemeininn sich entwickelt. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß der Sinn für die Gemeinde auf dieselbe Stufe gehoben werde, wie er bereits als Vaterlandsliebe für den Staat und als Verwandtenliebe für die Familie vorhanden ist. Dieser Gemeininn wird aber auch schon von selbst mit dem größeren socialen Zweck der Gemeinde wachsen.

Halle, 15. Dezember.

Seit lange schlummerge in den Kreisen, welchen die Förderung des Gemeinwunsches eine Dornensache ist, der Wunsch, eine Organisation mit allgemeinen Tendenzen, großartigen Gesichtspunkten, so daß alle Schichten der Bürgerschaft Platz finden und sich wohl fühlen, zu schaffen. Auf Anregung von maßgebender Seite füllen sich, wie wir gestern aus dem Munde des Herrn Stadtbauraths Lothausen vernahmen, die für die gesunde kommunale Entwicklung unserer Stadt interessirenden Kräfte zu einem solchen tommunalen Verein zusammenfinden. Die Bürgerschaft wird nicht säumen, dieser zeitgemäßen Idee ihre Sympathien entgegenzubringen.

(Aus der Universität.) Auf Grund einer Sinauqualifikation Ueber die Sinne nach Malebranche wurde nach abgelegter Prüfung der Gymnasiallehrer in Posen Herr Paul Schanz aus Hofschowitz in Schlesien zum Doctor philosophiae promovirt.

Vom liberalen Verein zu Magdeburg war unser Reichstagsabgeordneter Dr. Alexander Meyer auf Dienstag Abend zu einem Vortrage eingeladen worden. Herr Dr. Meyer war der Einladung bereitwillig gefolgt

und gab, wie wir der „Magd. Z.“ entnehmen, über die augenblickliche Situation des Reichstages Ausführungen. Er sprach zunächst über die durch die letzten Wahlen geschaffene Veränderung im Stande der liberalen Parteien und hob hervor, daß hierdurch das von der seßhaftlichen Partei als nothwendig hingestellte Streben, eine Zusammenfassung aller liberalen Schattierungen zu einer großen, in allen Hauptfragen einigen liberalen Partei herbeizuführen, in kaum erwarteter Weise die Billigung des deutschen Volkes gefunden habe. Der Redner beleuchtete sodann die durch diese Verschiebung der Parteien für die Politik des kaiserlichen Reichstages geschaffene Lage, erklärte aus dem unerwarteten Ausfall der Wahlen die schwankende Haltung der Regierungspresse, hielt zunächst eine zuwartende Haltung des kaiserlichen Reichstages für wünschlich und begründete schon dies unter den gegenwärtigen Umständen als einen erfreulichen Erfolg des seßhaftlichen Strebens. Allerdings habe der von der Regierungspresse erhobene Vorwurf, daß die liberalen Parteien keine zu einer Mitwirkung an der Regierung fähige Majorität böten, bis jetzt noch eine gewisse Begründung; aber dies könne sich wohl, wenn die Bemühungen um Bildung einer großen liberalen Majorität unablässig mit Energie fortgesetzt würden, ändern und eine Beteiligung des liberalen Elements wohl herbeigeführt werden, wenn man auf dem eingeschlagenen Wege beharre und den Grundsatz, Einigkeit in allen Grundprinzipien bei aller Freiheit in allen Nebendingen walten zu lassen, für alle liberalen Schattierungen zum Gesetz erhebe. Der Redner kam auf den oft erhobenen Einwand zu sprechen, ein parlamentarisches Regime wie in England sei bei uns nicht möglich, weil es dort nur zwei politische Parteien, Tories und Whigs, gebe, während bei uns eine Menge von Fraktionen existire. Dieser Vorwurf beruhe auf einem Irrthum. Auch in England seien die gleichen Schattierungen in den Parteien wie bei uns vorhanden, aber wenn es sich um den Preis, zum Regime zu gelangen, handle, wisse man die feinen Fraktionsinteressen zu vergeßen, sich zusammenzuballen und gemeinsam das Heft in die Hand zu nehmen. Der Redner ludte die Mitgliedschaft durch Schilderung der Parteilichkeit der Mitglieder jetziger und früherer Kabinete zu belegen und knüpfte daran die Warnung, auch hier in gleicher Weise zur Bildung einer großen liberalen Partei zu streben, um in gegebenem Falle wie in England an der Regierung Theil nehmen zu können. Die Zersplitterung der liberalen Parteien in Fraktionen habe von je her die konservative Partei mächtig sein lassen. In weiterer Schilderung des Einflusses, welchen solche gemeinsame Arbeit schon jetzt auszuüben im Stande sei, besprach der Redner die Aufgaben des jetzigen Reichstages und hob mit Genugthuung hervor, daß schon in den nächsten Tagen durch eine Vorlage in Betreff einer Erweiterung des Passpflichtengesetzes der Beweis geführt werden werde, daß die liberalen Parteien in ihrer Einigung nicht bloß negativ seien, sondern auch positive Vorschläge zu machen vermöchten. Betreffs der Pläne des Reichstages wegen Zwangsversicherung der Arbeiter durch den Staat wies Redner unter Anerkennung der Nothwendigkeit, für das Wohl der Arbeiter besser zu sorgen, als bisher geschehen, darauf hin, daß diese Frage ihres konflikt-drohenden Charakters durch die Annahme des Gesetzes über die Berufstatistik entledigt worden sei, da ein weiteres Handeln auf diesem Gebiete bis nach Kenntnißnahme der hierdurch gewonnenen Resultate aufgeschoben werden müsse. In Bezug auf die Kirchenpolitik des kaiserlichen Reichstages sprach der Redner die Ansicht aus, daß von dem Kerus eine Nachgebigkeit schwer zu erreichen sein werde und die Aufrechthaltung der Mairgesetze jetzt, nachdem die Regierung selbst von ihren ursprünglichen Forderungen zurückgetreten, nicht gut mehr möglich erscheine. Die liberale Partei könne in dieser Frage den Gang der Ereignisse ruhig abwarten, und es sei nach seiner Ansicht nur ihre Pflicht, gegebenen Falles die Nothwendigkeit aller Koncessionen bei voller religiöser Freiheit auf Grund der Staatsgesetze dauernd feststellen zu helfen. Der Redner konnte unter Hinweis auf die Nothwendigkeit der Entscheidung aller dieser Fragen in liberalem Sinne noch einmal die Pflicht, die große liberale Partei zu verthäten und festigen zu helfen. Die Versammlung spendete mehrfach Beifall und sprach ihren Dank aus.

Der „Preussische Beamtenverein“ hielt gestern Abend im „Café David“ unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters A. D. Freiherrn vom Hagen eine Sitzung ab. Der Herr Vorsitzende machte die Mitteilung, daß der Gesamtverein rüstig fortgeschritten sei und die Idee, im Lokalverein monatliche Gesellschaften einzurichten, mit dem neuen Jahre ins Leben treten werde. Da hierdurch die Geschäfte des Vorstandes vermehrt würden, so schlug der Vorstand vor, ihm für diese Gesellschaften eine Assistenten-Kollegium zur Seite zu stellen. Es wurden demgemäß fünf Mitglieder des Vereins zur Ergänzung des Vorstandes bestimmt, die Herren Magistrats-Sekretär Werkmert, Oberpostkassen-Sekretär Berger, Oberbergrath-Sekretär Weller, Ingenieur-Secretär und Rentamt-Altmaier. Der Herr Vorsitzende beehrte sich sodann über das angeregte Projekt einer Kommunal-Genossenschaft und suchte die vorgelegten Meinungen gegen diese Idee zu zerstreuen. Man hat anfänglich den Anschluß an den Konsumverein für Eisenbahnbeamte in's Auge gefaßt, sich aber an die statutarisch festgesetzte Sozialkasse gehalten. Um diese Kasse zu umgehen und doch sich die Vorteile der Genossenschaft zu verschaffen, ist der Gedanke aufgetaucht, auf Grund des Markenbrennens eine Genossenschaft zu bilden, und ist mit Fleißern und Bäckern in Verbindung getreten. Die Bäder haben 10 - 12 1/2 pCt. Rabatt, die Apotheker 25 pCt. Rabatt bewilligt. Es ließe sich nach Bildung einer solchen Genossenschaft eine entsprechende Dividende erwarten. Voraussichtlich die praktische Ausführung freilich auszuführen, weil im Vereine noch zu wenig Gerechtigkeit vorhanden sei und bei schwacher Beteiligung die Kosten für Beschaffung der Marken sich zu hoch be-





